

ANALYSE über die Lobbyisten im Bundeshaus

Lassen wir uns nicht einlullen

Lobbyisten gehörten zum schweizerischen Miliz-Politbetrieb. Das wollen uns die Lobbyisten gleich selber glauben machen. Und das, nachdem diese Woche ein besonders unappetitlicher Fall bekannt geworden ist: Die Lobbyistin Marie-Louise Baumann von der weltweit tätigen PR-Agentur Burson-Marsteller hat ihre Verbindungen zur FDP-Nationalrätin Christa Markwalder genutzt, um im Solde eines kasachischen Politikers einen politischen Vorstoss an den Bundesrat zu richten (die «NZZ» machte den Fall publik).

Sie seien nicht nur auf das Wissen von Verbänden, Organisationen, Gewerkschaften und Lobbyisten gewinnorientierter Agenturen angewiesen, sondern auch auf deren direkte Mitarbeit, argumentieren die Befürworter des Milizsystems. Die Kritiker sind in der Minderheit und weisen auf die Anfälligkeit von Milizpolitikern hin, sich für Gefälligkeiten oder sogar Geld von Lobbyisten instrumentalisieren zu lassen.

Berufspolitiker sind nicht vor Lobbyisten gefeit

Sind Lobbyisten, die in der Wandelhalle herum-schleichen und versuchen, Anliegen ihrer Auftraggeber in die Politik einzuspeisen, also eine Eigenart des schweizerischen Milizsystems?

Nein. Allein der Blick in die USA belehrt uns eines Besseren. Nirgendwo anders sind die Lobbyen mächtiger als im Mutterland von «Public Relations» und «Public Affairs». Senat und Abgeordnetenhaus sind waschechte Berufspolitiker. Von Milizpolitikern, die neben der Parlamentstätigkeit einen Beruf ausüben und so ihren Lebensunterhalt verdienen, keine Spur. Senatoren und Abgeordnete sind nicht nur umgeben von einem Heer von Mitarbeitern, ihrem «Staff», sondern auch von Lobbyisten, die sich in Washington die Türklappen reichen.

Ein zweiter Beleg gefällig? Christa Markwalder hat zwar offiziell eine Arbeitgeberin in der Privatwirtschaft: die Zürich-Versicherung. Mit Markwalder hat die Zürich-Versicherung vor allem Augen und Ohren im Parlament in Bern. Damit unterscheidet Markwalder nichts von einer Berufspolitikerin. Ausgerechnet sie aber liess sich von Lobbyisten instrumentalisieren, nicht eine Milizpolitikerin.


Daniel Fuchs
 «Das Milizsystem diente nur als Katapult für die Pflege des Lobbyisten-Images.»

Das Milizsystem gilt in der Schweiz als verhältnismässig günstig und effizient. Berufspolitiker (zum Beispiel nach dem italienischen Vorbild) sind verpönt. Wie gelang es der PR-Branche, die Lobbyisten an das positiv behaftete Milizsystem zu binden? Ihr ist in eigener Sache gelungen, wofür sie normalerweise von ihren Auftraggebern bezahlt wird: etwas ins bessere Licht zu rücken. Die Profis verstehen ihren Job, keine Frage. Das Milizsystem diente nur als Katapult für die Pflege des Lobbyisten-Images.

Die Interessen von Bauern und Gewerkschaftern sind transparent

Lassen wir uns aber nicht einlullen: «Public Affairs» heisst nichts anderes, als die Anliegen eines Auftraggebers bei Politikern zu deponieren, sodass sie ihren Weg in den politischen Prozess finden. Die Lobbyisten tun das für Geld. Und das ist ihr legitimes Recht. Dazu gehen sie im Bundeshaus ein und aus. Jeder Parlamentarier kann zwei Zutrittskarten vergeben. Nach Wahl. Drei Badges hat Burson-Marsteller. Einer davon gehört Marie-Louise Baumann, die den streitbaren Vorstoss Markwalder für die Kasachen verfasst hat. In der offiziellen Liste der Zutrittsberechtigten hält sie ihren Arbeitgeber verschleiert. Auch andere Agenturen haben Dauerkarten fürs Bundeshaus: Farmer, die grösste in der Schweiz, hat ebenso Zutritt zur Wandelhalle wie Furrerhugi, die sogar mit vier Beratern ein und aus geht.

Selbstverständlich fungieren fast alle der 246 Parlamentarier als Einlasser für Interessenvertreter: SP-Genossen halten den Gewerkschaftern die Tür auf, Grüne den Umweltschützern, SVP-Politiker den Bauern- und Gewerbevertretern, FDP- und CVP-Politiker den Wirtschaftsverbänden. Bauernvertretern und Gewerkschaftern ist jedoch gemein, dass sich die Wähler vorstellen können, für welche Interessen sie unter der Bundeshauskuppel weibeln. Nicht so bei den Auftragslobbyisten von Furrerhugi, Farmer, Burson-Marsteller und Co. Ihr Auftraggeber bleibt meistens im Dunkeln.

Ob Lobbyisten Einfluss nehmen auf Miliz- oder Berufspolitiker tut gar nichts zur Sache. Es ist eine Frage der Transparenz. Oder wie im Falle der Schweiz: der Intransparenz.

@ daniel.fuchs@azmedien.ch

KOMMENTAR

Retten Familien unsere Industrie?

Die Gontenschwiler Alu Metall Guss AG galt in der Region seit der Gründung im Jahr 2001 als Vorzeigunternehmen. Die Umsatzzahlen zeigten lange nur in eine Richtung: Nach oben. Der jetzige Entscheid, den Standort bis Ende Jahr zu schliessen und nur noch im rumänischen Werk zu produzieren, mag deshalb erstaunen. Er zeigt aber vor allem, wie schmal der Grat für hiesige Unternehmer wegen der hohen Produktionskosten geworden ist. Arbeitsschritte auslagern. Oder



von Peter Brühwiler

Produktion auslagern oder nicht? Der Entscheid hängt nicht nur von wirtschaftlichen Faktoren ab.

gleich die ganze Produktion? Zumindest die erste Frage stellt sich derzeit wohl fast jeder Industriebetrieb.

Auch der Egliswiler Getriebehersteller Rollstar AG lotete die Möglichkeit einer Produktionsauslagerung nach Tschechien aus, wie CEO Ulrich Ziegler diese Woche an einem Unternehmeranlass sagte. Fazit: Die Pläne werden Eis gelegt. Sicher beeinflussten diesen Entscheid auch ökonomische Gründe - die gute Infrastruktur in der Schweiz oder das hohe Ausbildungsniveau etwa. Der Entscheid sei aber auch stark emotional geprägt gewesen, sagt Ziegler. Die Bauunternehmung, aus der die heutige Firma hervorging, wurde 1945 von seinem Vater und seinem Grossvater gegründet und die Aktienmehrheit hat der CEO bereits an die nachfolgende Generation übergeben. Anders als die AMG ist die Rollstar also ein klassisches Familienunternehmen. Eine Garantie für den Verbleib der Produktion in der Schweiz ist natürlich auch diese Organisationsform nicht. Sie verleiht dem gerade in schwierigen Zeiten mantraartig wiederholten «Bekenntnis zum Produktionsstandort» aber sicher etwas mehr Glaubwürdigkeit.

@ peter.bruehwiler@azmedien.ch

POLEMIK

Einen Muni für Jacques Bourgeois

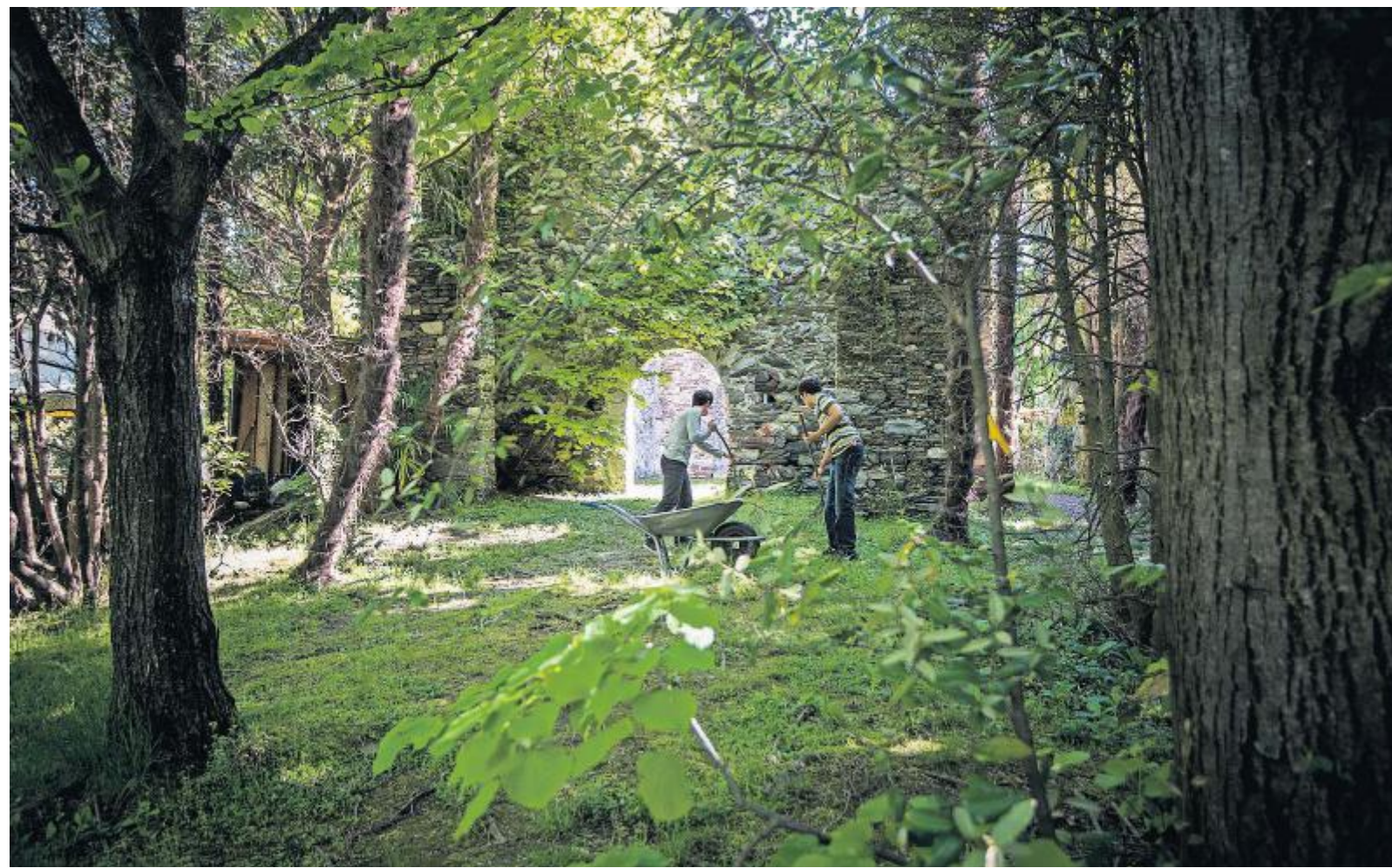
Jetzt müssen wir Jacques Bourgeois, dem Freiburger FDP-Nationalrat und Direktor des Schweizerischen Bauernverbandes, ein Kränzlein winden. Oder virtuell eine Kuhglocke umhängen. Oder ihm einen Muni schenken. Er hat es wieder einmal geschafft, die Interessen der Bauern mit den allgemeinen Interessen des Landes zu verschmelzen. Ganz nach dem Motto: Geht es dem Bauer gut, geht es auch dem Land gut. Eine satte Mehrheit stimmte diese Woche im Nationalrat dafür, die Lebensmittel vom Cassis-de-Dijon-Prinzip wieder auszunehmen. Zum Teufel mit diesen fremden Vorschriften. Mehr Heimatschutz für unsere Bauern, weniger Konkurrenz aus der bösen EU. Es lebe die Abschottung, es lebe die hohen Preise, es lebe die Freiheit des Bauern- und Hirtenvolkes Schweiz, sich selber zu schaden.

Das Verrückte an der Geschichte ist ja, dass es im Parlament viel mehr Nicht-Bauern als Bauern gibt. Und gerade in den bürgerlichen Parteien gibt es auf dem Papier auch viele Liberale, die gerne mehr Markt und weniger Staat hätten. Doch wenn Jacques spricht, gilt die alte Weisheit: Was der Bauer nicht kennt, das frisst er nicht.

♦ Stefan Schmid

Was ist Ihre Meinung?

Diskutieren Sie online mit.
Stichwort Polemik.



ANSICHTSSACHE von Max Dohner

Solange die grössere der beiden Brissago-Inseln im Tessin in Privatbesitz war – und sie war lange in Privatbesitz –, nahm man den paradiesischen Garten nur als verwunschenes Eiland wahr. Seit sie allen Besuchern offen steht, die sich dann bei Spaziergängen am botanischen Garten erfreuen, ist das Gefühl des Verwunschenen gleichsam abgewandert: auf die Nebeninsel, genannt «Isola dei conigli»,

die Kanincheninsel. Sie ist für das Publikum weiter nicht zugänglich. Aber entfaltet offenbar eine gute pädagogische Wirkung. Heute wird nämlich das dortige Sonderschul-Projekt ausdrücklich gewürdigt, das die Fertigkeiten und Leistung von Schülern mit Wahrnehmungsschwierigkeiten verbessern will. Die Schule wird von der Zürcher Stiftung Hans Peter Frey ausgezeichnet.

FOTO: SAMUEL GOLAY/KEYSTONE